



Brüssel, den 31. Oktober 2018
(OR. en)

11724/4/18
REV 4

LIMITE

EJUSTICE 105
JURINFO 57
JAI 835
JUSTCIV 216
COPEN 300

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	12794/3/18 REV 3
Betr.:	Entwurf eines Aktionsplans für die E-Justiz (2019-2023)

Die Delegationen erhalten anbei den Entwurf eines Aktionsplans für die E-Justiz (2019-2023) in der entsprechend den in der Sitzung der Expertengruppe für den Aktionsplan für die E-Justiz vom 24. September 2018 und der Sitzung der Gruppe "E-Recht" (E-Justiz) vom 16. Oktober 2018 vorgetragenen Bemerkungen geänderten Fassung, in die auch die schriftlich übermittelten Bemerkungen eingeflossen sind.

Diese Fassung wird nun dem AStV und dem Rat zur Annahme übermittelt.

Inhalt

Inhalt

I.	Einleitung.....	3
II.	Zugang zu Informationen.....	4
A.	Allgemeine Informationen über die Justiz	4
1.	Weiterentwicklung des E-Justiz-Portals	4
2.	Vernetzung von Registern	6
3.	Zugang zu Datensätzen.....	9
B.	Zugang zu rechtlichen Informationen	11
1.	Zugang zu Rechtsdaten.....	11
2.	Vernetzung von Rechtsdaten	14
3.	Künstliche Intelligenz.....	15
III.	Elektronische Kommunikation im Bereich Justiz.....	16
A.	Gesicherter Datenaustausch	16
B.	Gesicherte Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Rechtspraktikern und Justizbehörden.....	20
IV.	Interoperabilität.....	21
A.	e-CODEX	21
B.	Semantische Interoperabilität	23
V.	Reserveliste	27
VI.	Projekte unter der Leitung von Rechtspraktikern	31

I. Einleitung

1. Die Strategie für die europäische E-Justiz (im Folgenden "Strategie") und der Aktionsplan werden erneuert, da die Geltungsdauer der Dokumente¹, die für den Zeitraum von 2014 bis 2018 angenommen wurden, abläuft.
2. In der Strategie wird eine Perspektive dafür entwickelt, welche Maßnahmen in den Aktionsplan aufzunehmen sind und wie er umgesetzt werden soll; zudem werden darin die drei Ziele erläutert, nämlich Zugang zu Informationen², elektronische Kommunikation im Bereich Justiz³ und Interoperabilität⁴. Die Strategie enthält jedoch keine Angaben zu konkreten Projekten für die Durchführung. Diese sind Gegenstand eines Aktionsplans, der dazu dienen soll, die in der Strategie entwickelte Perspektive zu verwirklichen, und dessen Aufbau diese drei Ziele widerspiegelt.
3. Der Aktionsplan enthält ein Verzeichnis der im Zeitraum 2019 bis 2023 zur Durchführung in Betracht gezogenen Projekte mit Angaben zu den Projektbeteiligten, den Maßnahmen für die praktische Durchführung und den jeweiligen Beiträgen der Beteiligten. Die Projektleitung kann von einem Mitgliedstaat, der Kommission, dem Amt für Veröffentlichungen, einer anderen Organisation oder einer Kombination der Genannten wahrgenommen werden; der Projektleiter ist neben der Koordinierung der Arbeit auch dafür zuständig, das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Alle Projektbeteiligten und beteiligten Akteure bleiben für den Abschluss ihres jeweiligen Teils des Projekts verantwortlich.
4. Die nachstehend beschriebenen Maßnahmen wurden von den Experten der Mitgliedstaaten anhand der in der Strategie für die E-Justiz dargelegten Kriterien bewertet und ausgewählt.

¹ Entwurf einer Strategie für die europäische E-Justiz (2014-2018) (ABl. C 376 vom 21.12.2013, S. 7) und Mehrjähriger Aktionsplan für die europäische E-Justiz (2014-2018) (ABl. C 182 vom 14.6.2014, S. 2).

² Abschnitte 12 bis 17 des Dokuments WK 2894/2018 REV 2.

³ Abschnitte 18 bis 22 des Dokuments WK 2894/2018 REV 2.

⁴ Abschnitt 40 des Dokuments WK 2894/2018 REV 2.

II. Zugang zu Informationen

5. Wie bereits im Aktionsplan für die E-Justiz (2014-2018)⁵ vorgesehen, soll das E-Justiz-Portal allgemeine Informationen für Bürger, Unternehmen sowie für Angehörige der Rechtsberufe und die Justizverwaltung über die Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung der EU und der Mitgliedstaaten vermitteln. Parallel dazu soll die EUR-Lex-Website neben Informationen über das Unionsrecht und die Rechtsprechung der EU auch Informationen dazu vermitteln, wie die Mitgliedstaaten die EU-Richtlinien umsetzen.

A. Allgemeine Informationen über die Justiz

1. Weiterentwicklung des E-Justiz-Portals

6. Das E-Justiz-Portal kann durch Verbesserungen aufgewertet werden, beispielsweise durch die Aufnahme eines zentralen Abfragetools oder erweiterter dynamischer Funktionen. Die Rolle des Portals als einheitliche Zugangsstelle ("one-stop-shop") sollte durch die geplanten Weiterentwicklungen noch weiter ausgebaut werden.
7. Die Verbesserungen sollen dazu dienen, das Portal benutzerfreundlicher zu machen und es zu vervollständigen. Sowohl die statischen als auch die dynamischen Inhalte sollten um neue Informationen und neue Funktionen ergänzt werden.

⁵ Abschnitt 15 des Mehrjährigen Aktionsplans für die europäische E-Justiz (2014-2018), ABl. C 182 vom 14.6.2014, S. 2.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
1	Verbesserung des E-Justiz-Portals	KOM	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung neuer Funktionen für das E-Justiz-Portal, z. B. eines zentralen Abfragetools • Erweiterung des Umfangs der dynamischen Funktionen des Portals • Schaffung einer Assistenzfunktion (Wizard) für das Verfahren für geringfügige Forderungen • Verbesserung des statischen Inhalts des Portals 	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse und Einführung der Instrumente in das E-Justiz-Portal • Festlegung des Umfangs der neuen nützlichen Inhalte und Sammeln von Informationen • Erweiterung des Anwendungsbereichs bestehender Instrumente, wie z. B. BRIS • Entwicklung einer einheitlichen Suchschnittstelle, damit Nutzer Abfragen bei den verknüpften Registern und Datenbanken durchführen können (zentrales Abfragetool) 	KOM	<ul style="list-style-type: none"> • Übermittlung von Informationen an die Kommission zur Veröffentlichung neuer Informationen auf dem Portal • fortlaufende Aktualisierung des statischen Inhalts • Mitwirkung bei den bestehenden Tools 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der zur Verbesserung des Portals erforderlichen Tools • Übersetzung des statischen Inhalts in alle Amtssprachen der EU 	<ul style="list-style-type: none"> • Verfolgung der Umsetzung auf dem Portal, insbesondere durch die Analyse eventueller Probleme • Fungieren als eine Anlaufstelle für die Sammlung von Informationen in den Mitgliedstaaten 	<u>Berufsverbände, im Rechtsbereich tätige Organisationen, insbesondere das Europäische Justizielle Netz für Zivil- und Handelssachen:</u> Wie die Mitgliedstaaten, sofern ihre Rolle derjenigen der Mitgliedstaaten gleichkommt

2. Vernetzung von Registern

8. Das europäische E-Justiz-Portal sollte auch als einziger Zugang zu den vernetzten nationalen Registern, die im Justizbereich relevant sind, dienen. Diese Register werden von nationalen Behörden oder Fachgremien verwaltet. Ziel ist die Vereinfachung der Rechtspflege und des Zugangs zur Justiz.
9. Die vernetzten Register werden von den zuständigen lokalen Organisationen, bei denen es sich um Behörden oder Berufsverbände⁶ handeln kann, bereitgestellt und gepflegt. Das Portal bietet einen zentralen Zugang zu diesen Registern; es dient jedoch nicht dazu, zentral ein Zweitexemplar der Register zu speichern. Für die Pflege des auf EU-Ebene eingerichteten Zugangs bleibt die Kommission zuständig.

⁶ Entsprechend dem Grundsatz der Dezentralität, der in der Strategie für die E-Justiz dargelegt ist (Abschnitte 38 und 39 des Dokuments WK 2894/2018 REV 2).

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
2	Vernetzung der Grundbücher	AT	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung der Grundbücher der Mitgliedstaaten • Schaffung eines Tools für Grundbuchabfragen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung des nationalen Grundbuchs (der nationalen Grundbücher) mit der Anwendung "Vernetzte Grundbücher" auf dem E-Justiz-Portal, einschließlich einer Authentifizierung und Autorisierung für bei Gericht tätige Rechtspraktiker zur Nutzung vertraulicher Funktionen • Umsetzung einer Lösung für die elektronische Entrichtung der Gebühren im Zusammenhang mit der Anwendung "Vernetzte Grundbücher" 	KOM	Vernetzung des/der nationalen Grundbuchs/Grundbücher mit der Anwendung "Vernetzte Grundbücher"	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung der mehrsprachigen Grundbuch-Abfrageanwendung auf dem E-Justiz-Portal • Umsetzung einer Lösung für die elektronische Entrichtung von Gebühren 	<ul style="list-style-type: none"> • Verfolgung der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten und die Kommission • Austausch von Informationen und Verfahren zur Umsetzung der Grundbücher und ihrer Vernetzung 	<p><u>Experten, beispielsweise Geografen und Geometer:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • eventuell Unterstützung beim Anlegen der Register leisten • Bereitstellung der Daten für die Register <u>Angehörige der Rechtsberufe, wie Notare und Anwälte, oder Unternehmen, beispielsweise Banken:</u> Nutzung der Vernetzung

N r.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
3	Einen Gerichtsvollzieher finden	KOM	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des Verzeichnisses "Einen Gerichtsvollzieher finden" • Bereitstellung verbesserter Informationen zu den nationalen Vollstreckungsverfahren und den Verfahren zur Bestellung eines Gerichtsvollziehers/Benennung einer Vollstreckungsstelle 	<ul style="list-style-type: none"> • Propagieren des Verzeichnisses "Einen Gerichtsvollzieher finden" und Erweiterung seines Anwendungsbereichs • Verbesserung der Software für die Erstellung der nationalen Verzeichnisse der Gerichtsvollzieher/Vollstreckungsstellen • Ausarbeiten von Informationsseiten 	KOM und CEHJ	Koordinierung mit den nationalen Gerichtsvollzieherkammern, um die Erstellung des Verzeichnisses zu ermöglichen	Integration des erweiterten Tools "Einen Gerichtsvollzieher finden" in das E-Justiz-Portal	Fungieren als eine Anlaufstelle für die nationalen Gerichtsvollzieherverbände / Vollstreckungsstellen	<u>Nationale Gerichtsvollzieherkammern:</u> Erstellung der nationalen Verzeichnisse

3. Zugang zu Datensätzen

10. Parallel zu dem Zugang zu Registern sollte das Portal auch Zugang zu Daten geben, die für den Zugang zur Justiz relevant sind.
11. Diese Datensätze würden, wie die im vorigen Abschnitt behandelten Register, durch das Portal vernetzt werden. Für die Pflege wären die lokalen Akteure zuständig.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
4	Strafgerichtsdatenbank	AT	Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Daten der zuständigen Behörden zu zahlreichen Rechtsakten in Strafsachen, wie die Europäische Ermittlungsanordnung oder die Rechtshilfe in Strafsachen	<ul style="list-style-type: none"> • Definition der grundlegenden Rechtsakte und der rechtlichen Befugnisse in Strafsachen • Anpassung der Architektur der Datenbank des Gerichtshofs an die Erfordernisse im Zusammenhang mit Rechtsakten im Strafrechtsbereich 	KOM	Bereitstellung und Pflege nationaler Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Anpassung der Datenbank des Europäischen Gerichtshofs • Festlegung der Rechtsakte 	Überwachung der Aktualisierung der Datenbank	<u>Europäisches Justizielles Netz für Strafsachen:</u> Fungieren als Anlaufstelle für die Sammlung von Informationen und das Anfordern von Aktualisierungen

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Anderer Partner
5	Zwangsversteigerungen – Phase 2	IT	Erstellung einer einheitlichen Suchmaschine auf dem europäischen E-Justiz-Portal für Ankündigungen zu in den Mitgliedstaaten veröffentlichten Zwangsversteigerungen	Festlegung und Umsetzung der Suchmaschine für Zwangsversteigerungen auf dem E-Justiz-Portal	IT	Umsetzung des automatischen Abfragemechanismus, sofern ein nationales System vorhanden ist	Umsetzung und Anwendung der Suchmaschine und der damit zusammenhängenden Funktionen auf dem europäischen E-Justiz-Portal	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarung der verfügbaren und obligatorischen Informationen • Festlegung des Anwendungsbereichs der Suchmaschine 	

B. Zugang zu rechtlichen Informationen

1. Zugang zu Rechtsdaten

12. EUR-Lex gibt Zugang zum Unionrecht, zu den nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Unionsrechts, zur Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU und zur nationalen Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem Unionsrecht. Vereinfacht werden sollte der Zugang zu Rechtsdaten außerdem durch die Nutzung von Identifikatoren für Rechtsvorschriften und Rechtsprechung, die eine leichtere Analyse von Rechtsdaten ermöglichen.
13. Bei der Veröffentlichung der Rechtsprechung müssen die Leitlinien für den Datenschutz berücksichtigt werden. Zur leichteren Veröffentlichung müssen automatisierte Tools für die Pseudonymisierung oder die Anonymisierung entwickelt werden.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union	Arbeitsgruppe	Anderer Partner
6	EUR-Lex	Amt für Veröffentlichungen	Verbesserung der EUR-Lex-Website (Suchmaschine, Nutzererlebnis, Aktualisierung, Datenexport usw.)	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Suchfunktion • umfassendere und nutzerfreundlichere Informationsdarstellung • Schaffung der Möglichkeit, Rechtsakte im Paket zu exportieren 	Amt für Veröffentlichungen	Aktualisierung der rechtlichen Informationen, insbesondere im Bereich der Durchführungsmaßnahmen, auf freiwilliger Basis	Durchführung der Verbesserungen bei EUR-Lex	Überwachung der Umsetzung der Funktionen und Aktualisierung	

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union	Arbeitsgruppe	Andere Partner
7	Europäischer Urteilsidentifikator (ECLI)	NL	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Zahl der Gerichte / Mitgliedstaaten, die Gerichtsentscheidungen ECLI zuweisen • Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten des ECLI 	Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten des ECLI, indem in der ECLI-Architektur mehr Funktionen verfügbar gemacht werden (Zusammenfassungen, Übersetzungen, Rechtsverweise, verbesserte Nutzerschnittstellen)	NL	Umsetzung von ECLI und Entwicklung neuer Funktionen für den ECLI	<u>Kommission:</u> Pflege der ECLI-Suchmaschine <u>Amt für Veröffentlichungen:</u> Unterstützung der Weiterentwicklungen des ECLI	Überwachung und Koordinierung der Arbeit an ECLI	Im Rechtsbereich tätige Netzwerke und Berufsverbände: Bereitstellung von Daten
8	ELI	Amt für Veröffentlichungen und LU	Erleichterung des Zugangs zu rechtlichen Informationen, die durch nationale, europäische und globale Rechtsinformationssysteme veröffentlicht werden, sowie des Austauschs und der Vernetzung solcher Informationen	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung der Weiterentwicklung und Pflege der mit ELI zusammenhängenden Spezifikationen in einem strukturierten Rahmen • regelmäßiger Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur Umsetzung von ELI mit anderen Akteuren 	LU und Amt für Veröffentlichungen	Pflege und Aktualisierung von ELI in Bezug auf die nationalen Rechtsvorschriften	<u>Amt für Veröffentlichungen</u> Pflege und Aktualisierung von ELI in Bezug auf das Unionsrecht	regelmäßiger Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur Umsetzung von ELI mit anderen Akteuren	

Nr	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union	Arbeitsgruppen	Andere Partner
9	Anonymisierung und Pseudonymisierung von Urteilen des Gerichtshofs zum Zweck der Nutzung als offene Daten	FR und AT	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung der transparenten und zugänglichen Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen • Entwicklung von Tools, die KI-Technologie nutzen, um Gerichtsentscheidungen zur weiteren Verwendung automatisch zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung bewährter Verfahren und Erstellung technischer Leitlinien für eine mit der Datenschutzgrundverordnung vereinbare Veröffentlichung anonymisierter und pseudonymisierter Gerichtsentscheidungen • Schaffung eines KI-Tools für die automatische Pseudonymisierung/Anonymisierung von Gerichtsentscheidung unter der Nutzung der Gerichtsentscheidungs-Datenbanken 	AT	Bereitstellung der Daten, anhand derer das System lernen kann (insbesondere aus den nationalen Gerichtsdaten)	Unterstützung bei Analyse und Weiterentwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Koordinierung der Arbeit an dem Tool • Ermittlung bewährter Verfahren und Erstellung von Leitlinien für Konzeption und Umsetzung 	

2. Vernetzung von Rechtsdaten

14. Die Vernetzung von Rechtsdaten ermöglicht es Nutzern, relevante Informationen rasch und zuverlässig aufzufinden. Rechtsdaten können im offenen Datenformat genutzt werden, um Bürger, Unternehmen und Justizbehörden beim Untersuchen und Sammeln von Daten zu unterstützen, um die Daten zu analysieren und zu Anwendungen beizutragen, die diese Daten nutzen, auch unter Nutzung von künstlicher Intelligenz.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union	Arbeitsgruppe	Anderer Partner
10	Verknüpfung von Rechtsdaten	Amt für Veröffentlichungen	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Umsetzung von ELI und ECLI durch das Amt für Veröffentlichungen • Bessere Vernetzung des Unionsrechts, der nationalen Umsetzungsmaßnahmen und der Rechtsprechung • raschere Aktualisierung • Entwicklung von Linked Open Data 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Übertragungstools für nationale Umsetzungsmaßnahmen und die einschlägige Rechtsprechung • Verbesserung der Interoperabilität der Tools für den Zugang zu den einschlägigen Rechtsvorschriften und der einschlägigen Rechtsprechung • Herstellen automatischer Verknüpfungen zwischen dem Wortlaut von Rechtsakten und anderen Rechtsakten und zur Rechtsprechung 	Amt für Veröffentlichungen	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung der erforderlichen Daten • Übermittlung der nationalen Umsetzungsmaßnahmen und der einschlägigen Rechtsprechung auf freiwilliger Basis 	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Tools • Überwachung der Übermittlung und Aktualisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Fungieren als Anlaufstelle für das Amt für Veröffentlichungen • Überwachung der Umsetzung der Tools • Rückmeldung zur Benutzerfreundlichkeit der Tools 	

3. Künstliche Intelligenz

15. Die künstliche Intelligenz gilt als eine der wichtigsten Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien der letzten Jahre; sie sollte in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden. Die Anwendung künstlicher Intelligenz in der E-Justiz muss näher definiert werden.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
11	Künstliche Intelligenz im Justizbereich	KOM, FR und AT	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der Rolle, die der künstlichen Intelligenz im Justizbereich zukommen soll • Entwicklung eines KI-Tools für die Analyse von Gerichtsentscheidungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausarbeitung eines Berichts, in dem für die in den Mitgliedstaaten entwickelten Tools, die auf künstlicher Intelligenz beruhen, der aktuelle Stand beschrieben wird • Entwicklung von Anwendungen für eine Nutzung bei den nationalen Gerichten unter Berücksichtigung von deren konkretem Bedarf 	FR und KOM (in Bezug auf das E-Justiz-Portal)	<ul style="list-style-type: none"> • Übermittlung von Informationen über die Nutzung von KI-Tools bei Gericht • Rückmeldung zu den verfügbaren KI-Tools im Bereich der E-Justiz geben • Teilnahme am Pilotprojekt 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der KI-Tools, die von den Gerichten der Mitgliedstaaten genutzt werden • die Entwicklung von KI-Tools für das E-Justiz-Portal prüfen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausarbeitung eines Berichts, in dem für die in den Mitgliedstaaten entwickelten Tools, die auf künstlicher Intelligenz beruhen, der aktuelle Stand beschrieben wird 	<p><u>CCBE:</u> Ausarbeitung eines Leitfadens für die Nutzung von künstlicher Intelligenz durch Anwälte in der EU</p>
12	Chatbot auf dem E-Justiz-Portal	AT	Entwicklung eines Chatbot, das die Nutzer unterstützt und sie zu der gesuchten Information leitet	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung der Anwendungsfälle für ein Chatbot auf dem E-Justiz-Portal • Entwicklung und Einrichtung des Chatbot 	AT und KOM (in Bezug auf das E-Justiz-Portal)	<ul style="list-style-type: none"> • Beiträge zu den inhaltlichen Teilen des Portals leisten • Rückmeldung zum Chatbot geben 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung des Chatbot • Umsetzung des Chatbot auf dem E-Justiz-Portal für die ermittelten Anwendungsfälle 	<ul style="list-style-type: none"> • Überwachung der Entwicklung des Chatbot • Rückmeldung zur Umsetzung des Chatbot geben 	

III. Elektronische Kommunikation im Bereich Justiz

A. Gesicherter Datenaustausch

16. Zur Entwicklung grenzüberschreitender elektronischer Verfahren ist ein gesicherter Datenaustausch zwischen den an diesen Verfahren beteiligten Behörden und Rechtspraktikern erforderlich. Es müssen jedoch eine Reihe von Voraussetzungen gegeben sein, wie etwa eine Vereinbarung über die Bedingungen für die Sicherheit der Übermittlung oder der Umstand, dass einem übermittelten Dokument auch vertraut werden kann.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
13	Elektronische Zahlung von Gerichtsgebühren	KOM	Ermöglichung der elektronischen Zahlung von Gerichtsgebühren	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines Verzeichnisses der Gerichtsverfahren und der damit verbundenen Gerichtsgebühren • Analyse der nationalen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten in Bezug auf Zahlungsmittel für Gerichtsgebühren • Ermöglichung der elektronischen Bezahlung von Gerichtsgebühren über das EU-Justizportal • Einigung zwischen den teilnehmenden Mitgliedstaaten über die Modalitäten des Zahlungssystems 	KOM	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von Informationen über den nationalen Kontext für Gerichtsgebühren (Verzeichnis und Zahlungsmittel) • Vornahme der notwendigen rechtlichen und technischen Änderungen 	Entwicklung des betreffenden Instruments ("Tool") auf dem EU-Justizportal für die Festlegung und etwaige Zahlung der Gerichtsgebühren	Bewertung der Ergebnisse der Erstellung des Verzeichnisses der Gerichtsgebühren	

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
14	Zusammenarbeit in digitalen Strafverfahren	EE	<p>Sondierung und Analyse der Möglichkeiten für den digitalen Austausch von Daten in Strafverfahren</p>	<ul style="list-style-type: none"> Analyse von Anwendungsbeispielen für digitale Strafverfahren Austausch von Fachwissen und bewährten Verfahren auf diesem Gebiet Analyse der Durchführbarkeit des Datenaustauschs in digitalen Strafverfahren 	EE	<p>Bereitstellung von Informationen über die nationalen Gegebenheiten in Bezug auf digitale Strafverfahren</p>	<p>Bereitstellung von Instrumenten ("Tools") für den gesicherten Datenaustausch</p>	<ul style="list-style-type: none"> Fungieren als Forum für den Austausch bewährter Verfahren Fungieren als Anlaufstelle für die Durchführung etwaiger Pilotprojekte 	
15	e-Identity 2.0	KOM	<ul style="list-style-type: none"> Annahme einer Ontologie von Berufsprofilen, die den gesamten europäischen Raum der Justiz abdecken Ausarbeitung eines präzisen Ansatzes für die technische Umsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung einer Ontologie von Berufsprofilen Schaffung einer Struktur für die Unterhaltung dieser Ontologie Vorbereitung der Umsetzung der mit den Berufsprofilen verbundenen Identifizierung von Personen 	KOM	<ul style="list-style-type: none"> Bereitstellung von Informationen über die Rolle der Rechtspraktiker Festlegung von Zugangsrechten auf der Grundlage der betreffenden Ontologie 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung einer Ontologie von Berufsprofilen für Rechtspraktiker 	<ul style="list-style-type: none"> Fungieren als Anlaufstelle zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Rechtspraktikern Abgabe von Rückmeldungen zum rechtlichen Kontext in den Mitgliedstaaten 	<p><u>Rechtspraktiker:</u> Bereitstellung von Informationen über Funktion und Vorgehensweisen der Rechtspraktiker</p>

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
16	iSupport für das E-Justiz-Portal	AT	Bereitstellung einer Möglichkeit zur digitalen Kommunikation mit der Zentralbehörde eines Mitgliedstaats über das EU-Justizportal	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der Bedingungen für die Nutzung von iSupport auf dem EU-Justizportal • Aufnahme der erforderlichen Änderungen in iSupport • Implementierung von iSupport auf dem Portal 	Noch festzulegen	Anschluss der nationalen Zentralbehörden an iSupport	Implementierung von iSupport auf dem Portal	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der Bedingungen für die Nutzung von iSupport auf dem EU-Justizportal • Fungieren als Anlaufstelle für die nationalen Zentralbehörden 	<u>Haager Konferenz über Internationales Privatrecht:</u> Entwicklung von iSupport
17	Rechtsanwaltssuche –"Find a Lawyer II"	KOM	Schaffung eines Systems zur Prüfung des Status eines Anwalts	<ul style="list-style-type: none"> • Bewertung der rechtlichen Zulässigkeit der im Rahmen des bestehenden Anwaltssuchsystems "Find a Lawyer II" ausgestellten Zertifikate • Implementierung der bestehenden "Find-a-Lawyer-II"-Lösung auf dem EU-Justizportal 	CCBE und KOM (in Bezug auf das E-Justiz-Portal)	Bereitstellung von Informationen über den rechtlichen Kontext für die Ausstellung von Zertifikaten über den Status eines Anwalts	Wenn möglich, Implementierung der bestehenden "Find-a-Lawyer-II"-Lösung auf dem EU-Justizportal	Fungieren als Anlaufstelle zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Rechtspraktikern <ul style="list-style-type: none"> • Abgabe von Rückmeldungen zum rechtlichen Kontext in den Mitgliedstaaten 	<u>CCBE:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Koordinierung seitens der Anwaltschaften • Im Fall der Annahme Bereitstellung von Informationen über das "Find-a-Lawyer-II"-System

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
18	Blockchain-Technologie für die Justiz	KOM	Auswertung von Anwendungsbeispielen für Blockchain-Technologien im Bereich der E-Justiz	Start einer Studie zur Analyse der rechtlichen Voraussetzungen und etwaigen Chancen und/oder Hindernisse	KOM	Bereitstellung von Informationen über den nationalen legalen und technischen Kontext	Durchführung der Studie	<ul style="list-style-type: none"> Fungieren als Anlaufstelle für Rechtspraktiker Evaluierung der Ergebnisse der Studie 	<u>Interessierte Rechts- und Berufsverbände:</u> Bereitstellung von auf ihre Erfahrungen gestützten Beiträgen
19	Elektronische Zahlung für das E-Justiz-Portal	AT	Entwicklung eines Zahlungssystems für Gebühren	<ul style="list-style-type: none"> Implementierung einer elektronischen Zahlungsfunktion für Gebühren auf dem E-Justiz-Portal Einigung zwischen den teilnehmenden Mitgliedstaaten über die Verwendung des Zahlungssystems 	Noch festzulegen	<ul style="list-style-type: none"> Relevante Beiträge und Informationen bereitstellen Teilnahme am Zahlungssystem im Kontext seiner Anwendung (beispielsweise Zahlung von Gebühren für BRIS-Dokumente) 	Implementierung der elektronischen Zahlungsfunktion	Festlegung der Bedingungen für die Nutzung des Zahlungssystems	

B. Gesicherte Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Rechtspraktikern und Justizbehörden

17. Um die Bürgerinnen und Bürger unmittelbarer an elektronischen Gerichtsverfahren zu beteiligen, müssen Instrumente ("Tools") für die direkte Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Rechtspraktikern und Justizbehörden entwickelt werden.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
20	Nutzung von Videokonferenzen	AT	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung von Problemen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Videokonferenzen • Austausch von Informationen, bewährten Verfahren und Technologie, um grenzüberschreitende Videokonferenzen zu ermöglichen. • Abgabe von Vorschlägen für kurzfristige Maßnahmen und Projekte für Verbesserungen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Videokonferenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Austausch von Informationen, bewährten Verfahren und Technologie • Abgabe von Vorschlägen für spezifische Maßnahmen und Projekte für Verbesserungen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Videokonferenzen 	AT	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von Videokonferenz-Ausrüstung für Gerichte und Verwaltungen • Beibehaltung des relevanten statischen Inhalts auf dem EU-Justizportal 	k.A.	Fungieren als Forum für den Austausch von Informationen, bewährten Verfahren und Technologie	

IV. Interoperabilität

A. e-CODEX

18. Interoperabilität ist eines der in der Strategie für die E-Justiz⁷ genannten Ziele. Für die Interoperabilität der nationalen Systeme soll durch die e-CODEX-Technologie (e-Justice Communication via Online Data EXchange) und das Fortsetzungsprojekt Me-CODEX (Maintenance of e-CODEX) gesorgt werden.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
21	e-CODEX	AT	Pflege des e-CODEX-Systems, damit es in ordnungsgemäßem Zustand ist, zur Vorbereitung der Übergabe	<ul style="list-style-type: none"> • Pflege der e-CODEX-Komponenten und der zentralen Testplattform • Aufbau der erforderlichen Governance sowie Kommunikations- und Marketing-Tätigkeiten 	e-CODEX-Konsortium	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung von e-CODEX • Information der e-CODEX-Community über Nutzererlebnis und Verfahren 	Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten bei der Pflege von e-CODEX	<ul style="list-style-type: none"> • Fungieren als Forum für die Ausweitung e-CODEX-Community • Fungieren als Anlaufstelle hinsichtlich der Nutzung von e-CODEX im Rahmen der EU-Rechtsakte 	<u>Haager Übereinkommen für internationales Privatrecht Angehörige der Rechtsberufe, Organisationen und Akteure:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Nutzung von e-CODEX • Rückmeldung geben

⁷ Abschnitt 40 des Dokuments WK 2894/2018 REV 2.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
22	e-CODEX für Rechtsakte	AT	Umsetzung von Pilotprojekten zum Austausch von Formularen, Dokumenten und strukturierten Daten	Bereitstellung der Geschäfts- und Prozessmodellierung und der technischen Umsetzung der Vernetzung zwischen den Behörden, die bei Rechtsakten mitwirken, durch e-CODEX	e-CODEX-Konsortium	Nutzung von e-CODEX im Rahmen von Rechtsakten	Gewährung des Zugangs zum e-CODEX-Netzwerk	Fungieren als Anlaufstelle, um als Bindeglied zwischen Arbeitsgruppen, die an Rechtsakte arbeiten, und Mitgliedstaaten oder dem e-CODEX-Konsortium zu dienen	
23	Harmonisierung der Back-End-Systeme	AT	Generierung gemeinsamer und harmonisierter Back-End-Systeme für konkrete Rechtsakte	Ermittlung der Rechtsakte, für die gemeinsame Back-End-Systeme wünschenswert und durchführbar sind	e-CODEX-Konsortium	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Back-Ends für aus Rechtsakten abgeleitete Systeme • Zusammenarbeit bei der Erstellung gemeinsamer Back-Ends 	Bereitstellung gemeinsamer Back-Ends entsprechend dem Bedarf der Mitgliedstaaten	Fungieren als Anlaufstelle für die Festlegung der umzusetzenden Back-Ends	

B. Semantische Interoperabilität

19. Durch semantische Interoperabilität soll die Kommunikation zwischen Systemen vereinfacht werden, indem Begriffe angeglichen werden, die bei Metadaten und Standards verwendet werden. Sie soll ebenfalls dazu dienen, die Auswirkungen der sprachlichen Unterschiede abzumildern, indem automatische Übersetzungen geliefert werden und so Ressourcen für dringende Übersetzungsarbeiten freigesetzt werden.
20. Ein eingegrenztes Vokabular besteht aus einer Liste von Begriffen, die zur Indizierung von Inhalten verwendet werden und die Abfrage von Informationen erleichtern. Die Verarbeitung von Daten und die Auffindbarkeit von Informationen können durch die Nutzung eines eingegrenzten Vokabulars, den Einsatz von Identifikatoren wie ELI oder ECLI und künstlicher Intelligenz sowie durch die Analyse von offenen Daten rechtlicher Art und von Big Data weiter verbessert und effizienter gemacht werden.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union	Arbeitsgruppe	Andere Partner
24	Spracherkennung	NL	Entwicklung eines Tools, das die automatische Übertragung gesprochener Sprache in Schriftform ermöglicht und in Gerichtsverfahren genutzt werden kann	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung der Anwendungsfälle und bewährter Verfahren für eine automatische Übertragung in Schriftform • Entwicklung einer Datenbank für Sprachen und Dialekte • Vereinbarung der rechtlichen und technischen Nutzungsmodalitäten der automatischen Übertragung in Schriftform vor Gericht 	NL	Gewährung des Zugangs zu einheimischen Sprachen und Dialekten	nicht zutreffend	<ul style="list-style-type: none"> • Verfolgung der Entwicklung des Tools • Fungieren als Anlaufstelle für die Teilnehmer • Ermittlung der Anwendungsfälle und der technischen Möglichkeiten des Tools 	<u>Experten</u> <u>(Übersetzer</u> <u>/Dolmetscher)</u> <u>und</u> <u>Akademiker:</u> Gegebenenfalls Bereitstellung von Daten

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union	Arbeitsgruppe	Andere Partner
25	Eingegrenztes Vokabular - EuroVoc und LegiVoc	Amt für Veröffentlichungen und FR	<ul style="list-style-type: none"> • Propagierung der Nutzung von VocBench • Einrichten eines EuroVoc-Indexierungstools • Erweiterung von LegiVoc • Konsolidierung und Förderung der semantischen Angleichung des Vokabulars der EU-Mitgliedstaaten sowie von Drittstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Nutzung von VocBench • Entwicklung eines automatischen EuroVoc-Indexierungstools • Erweiterung des in LegiVoc aufgenommenen Vokabulars • Verbesserung der Verwaltung von LegiVoc 	Amt für Veröffentlichungen für EuroVoc, FR für LegiVoc	Bereitstellung von Informationen über das Vokabular	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines automatischen EuroVoc-Indexierungstools • Harmonisierung verschiedener Tools • Kommunikation auf VocBench 	<ul style="list-style-type: none"> • Überwachung der Nutzung von EuroVoc • Fungieren als Anlaufstelle hinsichtlich der umfassenderen Umsetzung von VocBench und LegiVoc 	

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union	Arbeitsgruppe	Andere Partner
26	Interoperabilität und gemeinsame Standards	Amt für Veröffentlichungen	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung gemeinsamer Formate für den Rechtsetzungsprozess • weitere Förderung der Nutzung von Open Data • Erstellung eines Managementsystems für die Abfassung von Rechtstexten 	<ul style="list-style-type: none"> • Harmonisierung des Dokumenten- und Informationsflusses • Veröffentlichung weiterer e-Justice-Datensätze auf dem offenen Datenportal der EU • gegebenenfalls Entwicklung eines neuen Systems als Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, dem Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, der Kommission und gegebenenfalls anderer Institutionen der EU 	Amt für Veröffentlichungen	Zusammenarbeit mit dem Amt für Veröffentlichungen bei der Entwicklung eines Managementsystems für die Abfassung von Rechtstexten	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeiten an Harmonisierung und Veröffentlichung • Entwicklung eines Managementsystems für die Abfassung von Rechtstexten 	<ul style="list-style-type: none"> • Überwachung der Entwicklung eines Systems für die Abfassung von Texten und der Veröffentlichung offener Daten der EU • Fungieren als Anlaufstelle für das Amt für Veröffentlichungen hinsichtlich der Koordinierung der Entwicklung des Systems für die Abfassung von Texten 	

V. Reserveliste

21. Es gibt bestimmte Projekte, die von Interesse für E-Justiz sind, bei denen gegenwärtig allerdings einige Voraussetzungen als noch nicht erfüllt gelten. Daher haben die Mitgliedstaaten vereinbart, eine Reserveliste von Projekten mit geringerer Priorität zu erstellen, die dennoch durchgeführt werden könnten, und zwar unter Beteiligung derjenigen Mitgliedstaaten, die das Projekt verfolgen möchten, sobald Lösungen für die bestehenden Hindernisse oder die noch nicht erfüllten Voraussetzungen gefunden wurden. Für diese Projekte könnten auch Finanzmittel zugewiesen werden, wenn die Ausschreibungen dem Projektumfang entsprechen.
22. Um für eine bessere Aufnahme von E-Justiz-Projekten zu sorgen, kann die Gruppe "E-Recht" (E-Justiz) als Forum für die folgenden Projekte dienen.

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
R1	Schuldnerinformationssystem (Debtors Information System)	NL	Einrichtung einer zentralen Plattform für Schuldner und potenzielle Gläubiger, um ihnen den Zugang zu Informationen über ihre Situation zu ermöglichen (bei Schuldnern über ihre eigene Situation, bei potenzielle Gläubigern über die Situation etwaiger Schuldner)	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung einer Plattform zur Anzeige von Daten aus schuldenbezogenen Datenbanken • Einrichtung von Datenbanken mit Schuldendaten in den beteiligten Mitgliedstaaten • Vernetzung dieser Datenbanken • Ermöglichung des Austauschs von Daten und der Kommunikation für Bürgerinnen und Bürger sowie professionelle Nutzerinnen und Nutzer 	NL	Aktualisierung und Vernetzung vorhandener Datenbanken	Prüfung von Möglichkeiten, wie das entwickelte Instrument auf dem EU-Justizportal bereitgestellt werden kann	Fungieren als Anlaufstelle für die Einrichtung und Aktualisierung von Schuldnerdatenbanken	

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
R2	BabelLex	FR	Bereitstellung von Zugang zu Datenbanken von Übersetzern und Dolmetschern über das EU-Justizportal	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der BabelLex-Plattform • Erweiterung der geografischen Abdeckung der Plattform • Integration von BabelLex in das EU-Justizportal nach dem Vorbild der Suchwerkzeuge "Wie finde ich..." 	FR	Unterstützung von Übersetzer- und Dolmetscherverbänden bei der Einrichtung und Pflege von Dolmetscher- und Übersetzer-Datenbanken	Bereitstellung des Suchwerkzeugs auf dem EU-Justizportal	<ul style="list-style-type: none"> • Fungieren als Anlaufstelle für Übersetzer- und Dolmetscherverbände • Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit lokalen Verbänden 	<u>Übersetzer- und Dolmetscherverbände:</u> Einrichtung und Pflege von Dolmetscher- und Übersetzer-Datenbanken
R3	Vernetzung von nationalen Registern schutzbedürftiger Erwachsener	FR	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung nationaler Datenbanken über die Rechts- und Handlungsfähigkeit von Personen, einschließlich ihrer Verfügungen im Falle einer künftigen physischen oder mentalen Behinderung • Vernetzung dieser Datenbanken 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Vernetzung vorhandener nationaler Register für Beschlüsse, die Schutzmaßnahmen für schutzbedürftige Erwachsene betreffen • Erstellung einer zusätzlichen Informationsseite des EU-Justizportals für Rechts- und Handlungsfähigkeit und schutzbedürftige Erwachsene 	FR	<ul style="list-style-type: none"> • Pflege vorhandener nationaler Datenbanken für Beschlüsse, die Schutzmaßnahmen für schutzbedürftige Erwachsene betreffen • Ermöglichung der Vernetzung mit dieser Datenbank 	Bereitstellung der Infrastruktur auf dem EU-Justizportal	<ul style="list-style-type: none"> • Koordinierung der Inhalte der Datenbanken und Vernetzung • Verfolgung der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten und die Kommission 	<u>Notare:</u> Zusammenarbeit bei der Pflege und Aktualisierung nationaler Datenbanken

Nr.	Projektbezeichnung	Vorgeschlagen von	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Beiträge			
						Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
R4	Elektronische Siegel und Sicherheitsniveaus bei E-Justiz	KOM	Festlegung der Typen elektronischer Signaturen und Siegel für verschiedene Verfahren sowie der Sicherheitsniveaus der eID-Mittel, die gemäß der eIDAS-Verordnung für den Zugang zu E-Justiz zu verwenden sind	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der erforderlichen Sicherheitsniveaus für die Nutzung von eID-Modellen für den grenzübergreifenden Zugang zu E-Justiz-Diensten • Festlegung der Anforderungen für die Nutzung elektronischer Signaturen und elektronischer Siegel 	KOM	Bereitstellung von Informationen über nationale Anforderungen in Bezug auf nationale elektronische Signaturen und Siegel, die im Bereich der E-Justiz-Dienste von den Mitgliedstaaten anerkannt werden	gegenstandslos	<ul style="list-style-type: none"> • Sammeln von Informationen zu nationalen Verfahren und Anforderungen für elektronische Signaturen und elektronische Siegel • Vereinbarung von Empfehlungen für unter die eIDAS-Verordnung fallende Dienste im Justizbereich 	
R5	Einheitliche europäische E-Mail-Adresse	KOM	Einführung einer nationalen/EU-E-Mail-Adresse für die offizielle Kommunikation mit den Justizbehörden/zuständigen Behörden, die sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene zu verwenden ist	<ul style="list-style-type: none"> • Anlegung eines Verzeichnisses nationaler E-Mail-Adressensysteme für die offizielle Kommunikation • Festlegung der Fälle, in denen eine spezielle EU-E-Mail-Adresse für die offizielle Kommunikation zu verwenden ist • Festlegung einer Strategie für die Einrichtung einer solchen E-Mail-Adresse 	KOM	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von Informationen über in der offiziellen Kommunikation verwendete elektronische Mittel • Einigung zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten über die Einführung einer EU-E-Mail-Adresse für die offizielle Kommunikation 	<ul style="list-style-type: none"> • Machbarkeitsstudie zur Einführung einer EU-E-Mail-Adresse, die in der offiziellen Kommunikation zu verwenden ist 	<ul style="list-style-type: none"> • Sammeln von Informationen über nationale Verfahren in Bezug auf E-Mail-Adressen für die offizielle Kommunikation 	

VI. Projekte unter der Leitung von Rechtspraktikern

23. Rechtspraktiker haben Projekte vorgeschlagen, die für die Arbeiten im Rahmen von E-Justiz von Nutzen wären. Die Projekte würden auf Initiative der Rechtspraktiker hin eingeleitet, die den jeweiligen Vorschlag unterbreitet haben⁸.
24. Auf Antrag der Rechtspraktiker können diese Projekte Unterstützung durch die Arbeitsgruppe erhalten. Die Arbeitsgruppe würde die jeweiligen Maßnahmen koordinieren, um Doppelarbeit unter den beteiligten Rechtspraktikern zu vermeiden.

⁸ Wie unter Nummer 32 des derzeitigen Entwurfs einer Strategie für die europäische E-Justiz (2019-2023) in Dokument 12794/1/18 REV 1 dargelegt.

Nr.	Projektbezeichnung	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Art der Beteiligung			
					Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
P1	Online-Streitbeilegung für geringfügige Forderungen	Einrichtung einer technischen Bridge-/Gateway-Verbindung zwischen Online-Streitbeilegungssystemen und dem elektronischen Verfahren der EU für geringfügige Forderungen, sofern eine Online-Streitbeilegung nicht möglich ist	<ul style="list-style-type: none"> Durchführung einer Vergleichsstudie über die vorhandenen Online-Streitbeilegungssysteme für geringfügige Forderungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten (Umfang, Technologien und beteiligte Rechtsberufe) Analyse und Empfehlung technischer Möglichkeiten für eine Zusammenführung (falls erforderlich) und Verbindung zwischen den Online-Streitbeilegungssystemen und dem elektronischen EU-Verfahren für geringfügige Forderungen 	Europäische Gerichtsvollzieherkammer (CEHJ)	Bereitstellung von Informationen über vorhandene nationale Online-Streitbeilegungssysteme	Überlegungen zu technischen Bridge-/Gateway-Verbindungen zwischen Online-Streitbeilegungssystemen	<ul style="list-style-type: none"> Überlegungen zu technischen Bridge-/Gateway-Verbindungen zwischen Online-Streitbeilegungssystemen Fungieren als Anlaufstelle für Verbände der Rechtspraktiker 	<p><u>CEHJ:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Durchführung der Studie und Veröffentlichung der Ergebnisse der Studie Zusammenarbeit mit der Kommission und den Mitgliedstaaten zur Ermittlung der besten Lösungen für die Verbindung zwischen der Online-Streitbeilegung und dem EU-Verfahren für geringfügige Forderungen
P2	EPIS-Datenbank	<ul style="list-style-type: none"> Einrichtung einer dauerhaften und anerkannten Plattform zur Zentralisierung von Informationen über Justizvollzugsanstalten in der EU Förderung von Transparenz, Wissens- und Erfahrungsaustausch in Bezug auf die Führung von Justizvollzugsanstalten sowie die Bedingungen und Verfahren in solchen Anstalten 	<ul style="list-style-type: none"> Sensibilisierung für das Informationssystem europäischer Justizvollzugsanstalten (EPIS) und Aufruf, zu dem System beizutragen Appell an nationale Gefängnisverwaltungen der Mitgliedstaaten, mehr Datensätze beizutragen und die Möglichkeit zur Entwicklung statistischer Datenbanken zu prüfen 	EuroPris	Bereitstellung von Daten über ihre Justizvollzugsanstalten	Einrichtung eines Links zur EPIS-Datenbank auf dem EU-Justizportal	<ul style="list-style-type: none"> Fungieren als Anlaufstelle für EuroPris Prüfung möglicher künftiger Nutzungen der Datenbank 	<p><u>Universität Lausanne:</u></p> <p>Entwicklung einer statistischen Datenbank</p>

Nr.	Projektbezeichnung	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Art der Beteiligung			
					Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
P3	Elektronische Expertenregister	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung nationaler Verzeichnisse von Rechtsexperten • Entwicklung eines Suchwerkzeugs auf dem EU-Justizportal, das diese Verzeichnisse miteinander vernetzt 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Einrichtung nationaler Verzeichnisse von Rechtsexperten • Vernetzung dieser nationalen Verzeichnisse über das EU-Justizportal • Erstellung von Informationsseiten für Bürgerinnen und Bürger 	European Expertise and Expert Institute (EEEI) und EuroExpert	<ul style="list-style-type: none"> • Sofern notwendig Unterstützung der nationalen Rechtsexpertenverbände bei der Erstellung von Mitgliederverzeichnissen • Abstimmung mit diesen Verbänden zur Vernetzung ihrer Verzeichnisse über das EU-Justizportal 	Bereitstellung des Suchwerkzeugs auf dem EU-Justizportal	Fungieren als Anlaufstelle für die nationalen Rechtsexpertenverbände	<u>EEEI + EuroExpert:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung von Verzeichnissen von Rechtsexperten • Prüfung bewährter Verfahren, um die Erstellung solcher Verzeichnisse zu erleichtern

Nr.	Projektbezeichnung	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Art der Beteiligung			
					Freiwillig beteiligte Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
P4	e-Expertise	Ermöglichung des papierlosen Austauschs über Verfahren bei juristischen Sachverständigengutachten	<ul style="list-style-type: none"> Bestandsaufnahme des derzeit genutzten Instrumentariums in der EU sowohl bei Verfahren im Zusammenhang mit juristischen Sachverständigengutachten als auch in anderen Rechtsberufen Bewertung der Vielzahl verschiedener Sachverständigengutachten und der damit verbundenen Verfahren Nutzung der vorhandenen Formblätter im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates Erarbeitung eines neuen Antragsformulars zur Ermittlung, Beurteilung und Benennung eines Sachverständigen für die Zeugenaussage 	European Expertise and Expert Institute (EEEI) und EuroExpert	Bereitstellung von Informationen über bestehende Verfahren für Sachverständigengutachten	gegenstandslos	Fungieren als Anlaufstelle für Verbände der Rechtspraktiker	<u>EEEI + EuroExpert:</u> <ul style="list-style-type: none"> Bestandsaufnahme der "europäischen" Instrumente, die den Rechtsberufen zur Verfügung stehen Ermittlung der geeigneten Lösung(en) Erarbeitung und Umsetzung eines oder mehrerer Pilotprojekte

Nr.	Projektbezeichnung	Projektziele	Erforderliche Maßnahmen	Projektleiter	Art der Beteiligung			
					Mitgliedstaaten	Kommission	Arbeitsgruppe	Andere Partner
P5	Vernetzung der Register für Europäische Nachlasszeugnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung von Fälschungen und Duplikaten Europäischer Nachlasszeugnisse • Unterstützung bei der Verwendung Europäischer Nachlasszeugnisse 	Vernetzung der vorhandenen Register mit den bereits über das europäische Netz der Testamentsregister verbundenen Register	Europäisches Netz der Testamentsregister	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung vorhandener Register • Einrichtung von Registern (auf freiwilliger Basis) in Mitgliedstaaten, die bisher über keine solchen verfügen 	Bereitstellung der Infrastruktur für den Zugang zur Vernetzung über das EU-Justizportal	<ul style="list-style-type: none"> • Bewerbung des Projekts bei den nationalen Behörden • ggf. Entwicklung eines Leitfadens bewährter Verfahren für Länder, die solche Register einrichten und vernetzen möchten 	<u>Europäisches Netz der Testamentsregister:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Koordinierung der Einrichtung nationaler Register • Wissensaustausch über bewährte Verfahren und Technologien für die Einrichtung nationaler Register